

Stadt-IMPULSE



DIE LINKE -Stadtverband Strausberg

Ausgabe
Juli 2010

Kein Raum den braunen Kolonnen!

Mit einer bunten, offenen und friedlichen Demonstration gegen den Aufmarsch der neonazistischen „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB) hat auch in Strausberg die antifaschistische, demokratische Mehrheit ein Zeichen gesetzt: In unserer Stadt ist kein Raum für braune Aufmärsche und rechtsradikale Propaganda!



Dem Aufruf des Bündnisses „Brandenburg nazifrei!“ folgend, nahmen am 19. Juni Hunderte Bürger aus Strausberg und Umgebung an der Kundgebung am Bahnhof Strausberg-Vorstadt teil.

In kurzen Ansprachen forderten die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (s. Foto), Landrat Gernot Schmidt, Bürgermeisterin Elke Stadeler und weitere Redner übereinstimmend, über alle politischen Unterschiede hinweg in gemeinsamen Aktionen den Nazis den Weg zu versperren und das Erstarken neonazistischer Strukturen nicht zuzulassen.

Und es war eine gemeinsame Aktion, eine Mischung von Volksfest, Gegendemonstration und Sitzblockaden, die unmissverständlich deutlich gemacht hat: Unsere Stadt duldet keine Nazis! Die Strausberger und viele Teilnehmer aus der Umgebung haben den Marsch der Rechtsradikalen durch unsere Stadt gestoppt. Sie kamen nicht weit. Schon an der Ecke Landhausstraße/Thälmannstraße war Schluss. Mehrere Dutzend Gegendemonstranten blockierten den Weitermarsch in die Stadt. Die Nazis mussten umkehren. Großen Anteil daran hatten unsere Genossinnen Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser und Bettina Fortunato sowie die vielen jungen Antifaschisten.

Die Polizei verhielt sich – wie so oft – „neutral“, sie schützte einen „demokratisch genehmigten“ Aufmarsch von Rechtsradikalen gegen den eindeutigen Willen der demokratischen Mehrheit. Dabei kam es auch zu unangemessenem hartem Vorgehen einzelner Polizisten gegen Demonstranten, die sich den Nazis in den Weg stellten. Da fragt man sich doch, welchem politischen Auftrag folgt die Polizei bei solchen Einsätzen? Solange dieser Staat nicht willens ist, solche neonazistischen Gruppierungen zu verbieten, bleibt diese Frage offen.

Die Polizei stellte von etwa 230 Personen die Identität fest und sprach 50 Platzverweise aus. Acht Teilnehmer wurden festgenommen und nach Abschluss des Polizeieinsatzes wieder entlassen. Welche Seite davon in welchem Umfang betroffen war, wurde nicht mitgeteilt. Fazit: Diese Aktion gegen das Auftreten Rechtsradikaler war ein Erfolg. Aktives Auftreten gegen Nazis und ihre Hintermänner ist nach wie vor geboten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie und ihre Ideologie Fuß fassen.

Gerhard Stephan



Der Stadtverband der LINKEN dankt den Mitgliedern des Stadtverbandes und allen, die an der Vorbereitung und Organisation der Aktionen gegen die Naziprovokation am 19. Juni 2010 beteiligt waren.

Zum ostdeutschen Stimmungsbild

Auf der gemeinsamen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und des Vereins zur Förderung des alternativen Denkens Strausberg am 24. 6. 2010 im Linkstreff stellte Dr. Reinhard Liebscher, Geschäftsführer des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg, unter dem Thema „Quo vadis Ostdeutschland? – ostdeutsche Identitäten und Lebenslagen 20 Jahre nach dem Umbruch“ empirische Befunde einer Langzeiterhebung seines Instituts aus den Jahren 1990-2009 vor (s. a. Regina Stötzel, Der Regierung besonders fern. In: Neues Deutschland, 25. Juni 2010, S. 1). Diese alljährlich im Frühling organisierte umfangreiche, tiefeschürfende, repräsentative schriftliche Meinungsumfrage (10 bis 11 Prozent Rücklauf) zu einem weitgehend gleichbleibenden Fragenkatalog bietet ein lückenloses Bild über Entwicklungstendenzen in den sozialen Stimmungen und Befindlichkeiten der ostdeutschen Bevölkerung in Abhängigkeit von der Bundespolitik. Die Erhebungen offenbaren zwar nichts Spektakuläres, widerspiegeln eher persönliche Erfahrungen und Empfindungen. Sie bilden aber einen wichtigen Argumentationsfonds zur Verbreitung linken Gedankenguts. Zu ihren regelmäßigen Nutzern zählen die Volkssolidarität und DIE LINKE. Die Umfrage gliedert sich in 5 Komplexe:

1. Kurzer Rückblick 1989/90,
2. Stand der deutschen Einheit,
3. Persönliche Gewinne und Verluste,
4. Wandel in Denken und Bewertungen und
5. Identifikation und Integration.

Hier einige markante Zahlen und Fakten: 40% der Befragten hatten 1989/90 an Protestaktionen teilgenommen, heute sind nur noch 15% davon aktiv. 84% wollten im November 1989 noch eine bessere DDR, im Dezember nur noch 24% (die Prozentwerte beruhen z. T. auf Schätzungen des Verfassers aus mittels Bildwerfer dargestellten Graphiken). 21% glauben, dass auch in 50 Jahren noch große Unterschiede Ost/West bestehen, 40% glauben nicht an eine einmalige Angleichung der Einkommen. 59% erkennen eine Hegemonie der Wirtschaft. 60% sehen weder in der DDR noch in der BRD eine erstrebenswerte Gesellschaft. Der Vortrag kann in der Geschäftsstelle eingesehen werden und ist über Internet unter www.sfz-ev.de auf der Homepage des Forschungszentrums abrufbar.

Gerhard Kreißig

Ein Besuch im Museum „Karl-Marx-Haus“ in Trier

Anlässlich einer privaten Rhein-Mosel-Reise über Pfingsten 2010 habe ich in Trier u. a. auch das dortige Museum „Karl-Marx-Haus“ besucht und möchte mit den vorliegenden Zeilen einen kleinen Bericht darüber geben.

Als Geburtshaus eines der bedeutendsten deutschen Universalgelehrten des 19. Jahrhunderts gehört das Karl-Marx-Haus zu den wichtigsten historischen Museen Deutschlands. Um 1727 als barockes Wohnhaus erbaut und 1928 durch die Sozialdemokratische Partei erworben, wird es seit 1968 von der Friedrich-Ebert-Stiftung betrieben.

Die 2005 neu konzipierte Ausstellung macht in einem spannenden Rundgang den Menschen Karl Marx (1818-1883) als historische Person und das Reife seiner philosophischen und ökonomischen Ideen anschaulich nachvollziehbar. Wichtige Werke wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ und „Das Kapital“ werden in den zeitgeschichtlichen Zusammenhang des 19. Jahrhunderts gestellt. Die Ausstellung beantwortet Fragen und gibt Denkanstöße. Was ist Marxismus? Welche Rolle spielte Marx bei der Entstehung der Arbeiterbewegung? Welche Auswirkungen hatten und haben seine Ideen auf den Verlauf der Geschichte und wie beeinflussen sie noch das Denken in der heutigen Zeit?

Weitere Informationen, einschließlich spezieller Videos zu einzelnen Themen, können im Internet unter der Bezeichnung www.museum-karl-marx-haus.de abgerufen werden.

R. Patzer

Wir sollten die Chance nutzen!

Unmittelbar nach der Wende hat die Stadtverordnetenversammlung Strausberg den schon sehr lange gehegten Wunsch der Bürger zur Errichtung eines möglichst geschlossenen Rundwanderweges um den Straussee wieder aufgegriffen und partiell realisiert. So wird der nach der Wende neue Weg zwischen Kulturpark und Badstraße von den Einwohnern unserer Stadt und den Gästen zum Spaziergang, zum Wandern und zum Laufen begeistert angenommen.

Im Juli des Jahres 2009 wurde der Planungsauftrag für den Uferwanderweg zwischen Fischerkietz und Kulturpark erteilt. Die Ar-

beitsergebnisse des Planungsbüros weisen ein kompliziertes Stück Arbeit aus, dessen Kernstück Rammarbeiten für 100000 Euro sind. Eine solche Befestigung des Ufers ist erforderlich, da der Weg durch ein Gelände führt, das vom Segelsportclub e. V. und vom Tauchclub Strausberg e. V. genutzt wird. Die Kostenberechnung für das Gesamtvorhaben betrug am 18. Februar 2010 349000 Euro, wovon bei Finanzierung aus Städtebaufördermitteln Bund, Land und Stadt jeweils ein Drittel zu tragen hätten, die Stadt also 116339 Euro.

In der Sitzung des Bauausschusses am 9. März 2010 fand das Konzept noch keine Mehrheit, da bei der Aufteilung der Kosten der Stadt noch nachzubessern ist. Hier wären das Engagement des Kreises als Grundstückseigentümer, der eingetragenen Vereine als Nutznießer der Maßnahme und auch der EWE AG mit ihrem Restaurant & Tagungszentrum am Fischerkietz, das von dem Zugang unmittelbar vom Kulturpark sicher partizipieren würde, intensiv auszuloten.

Nur wenn alle Beteiligten unverzüglich ergebnisorientiert mitwirken, werden wir Strausberg schöner und anziehender machen. Wenn wir zögern, wird es nach Feststellung der Stadtverwaltung keine Fördergelder mehr geben.

Hans-Jürgen Mader
Stadtverordneter
der Fraktion DIE LINKE

Die BOs 06 und 07 in Strausberg Vorstadt diskutierten den Programmwurf der LINKEN

Die Mitglieder unserer Basisorganisationen haben sich schon vor der Versammlung zum Programmwurf untereinander ausgetauscht. Er ließ keinen kalt. So wurde die Versammlung mit Spannung erwartet. Sie begann zunächst mit einer kritischen Auswertung der Haltung der LINKEN bei der Bürgermeisterwahl in Strausberg, die W. Müller vornahm. Für nächste Wahlen forderte er eine tiefgründige Analyse der Situation durch den Stadtvorstand der LINKEN. Seine Aussagen fanden Zustimmung. Einleitende Ausführungen zum Programmwurf und eigene Wertungen dazu trug F. Schneider vor. Sie hoben das Positive hervor, nannten aber auch Problemfelder. Er fand die Analyse des heutigen Finanzmarktkapitalismus gelungen und die Darlegungen zur System- und Eigentumsfrage überzeugend. Im Gegensatz zu

früheren Programmen der PDS würden nun klarere Aussagen zur Eigentumsfrage angeboten und der Lösungsvorschlag zur Systemfrage mache dieses Programm zu einem solchen für das 21. Jahrhundert. Solche Elemente wie politischer Streik und Volksabstimmungen drücken einen höheren Reifegrad der Partei aus. Jungen Menschen zeichne der Entwurf ein ehrlicheres Geschichtsbild, obwohl die Darlegungen zur Vereinigung von KPD und SPD nicht den Realitäten entsprächen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen im Programm zum „realen Sozialismusversuch“ als nicht ausreichend empfunden. Die Erfahrungen der DDR und die ostdeutschen Biografien kämen darin zu kurz. In der Präambel sollte stärker herausgearbeitet werden, dass der Unmut über die heutige Politik der neoliberalen Regierung besser zur Mobilisierung der außerparlamentarischen Tätigkeit der LINKEN zu nutzen ist. Große Aufmerksamkeit fand der Abschnitt „Woher wir kommen und wer wir sind.“

Mehrheitsmeinung war: Solche Persönlichkeiten wie K. Marx, F. Engels, K. Liebknecht und R. Luxemburg sollten schon genannt und die Forderung nach Bündelung aller Kräfte gegen den Neonazismus verstärkt werden. Im Entwurf würden Begriffe benutzt, die zu überdenken seien. So spricht man mehrfach von „Nationalsozialismus“ statt von Faschismus und belastet so den Sozialismusbegriff zusätzlich. Klarer sollte benannt werden, welches die Kernpunkte sein sollen, die durch alle, die sich Linke nennen, anzuerkennen sind. Weiter wurde herausgearbeitet, dass die Forderung nach Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes schon heute im Zusammenwirken der LINKEN mit Vereinen und Verbänden umsetzbar ist. Es kam zum Ausdruck, dass sich die Mitglieder in Übereinstimmung mit den Aussagen von Dr. N. Podewin und O. Lafontaine befinden, die diese im ND geäußert haben, und dass die Montagsbeiträge der Rosa-Luxemburg-Stiftung im ND als eine gute Unterstützung bei der Meinungsbildung gesehen werden.

Alle fanden, dass ein solch umfangreiches Dokument auf weiteren Versammlungen diskutiert werden sollte. Es wurde beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe im Herbst Vorschläge zur Verbesserung des Programms erarbeitet und der Programmkommission zuleitet.

G. Giese

Glückwünsche im Juli



Foto: A. Fortunato

Gen. Horst Weiß	am 02.07.	zum 78.
Genn. Ilse Weller	am 09.07.	zum 82.
Gen. Hermann Meyer	am 09.07.	zum 74.
Genn. Brigitte Kannler	am 10.07.	zum 67.
Gen. Wolfram Wetzig	am 13.07.	zum 63.
Genn. Kerstin Kaiser	am 16.07.	zum 50.
Gen. Alfred Dietze	am 18.07.	zum 84.
Genn. Marianne Bergert	am 19.07.	zum 74.
Gen. Dieter Frackowiak	am 19.07.	zum 71.
Genn. Rosemarie Raute	am 20.07.	zum 79.
Gen. Peter Wehrmann	am 25.07.	zum 49.
Gen. Manfred Schulz	am 26.07.	zum 75.
Gen. Heinz Müller	am 02.08.	zum 82.
Gen. Jens Schmidt	am 02.08.	zum 30.
Gen. Hans-Werner Deim	am 05.08.	zum 76.
Nachträglich		
Gen. Wolfgang Geyer	am 23.06.	zum 70.

Stadtverband

DIE LINKE. Strausberg

Vorsitzender: Christian Steinkopf
Tel.: 01 52/02 00 89 26,
E-mail: steinkopf.ch@gmx.net

Stadtfraktion

DIE LINKE. Strausberg

Vorsitzender: Meinhard Tietz
Tel.: 0172/8266595

www.dielinke-fraktion-strausberg.de
E-mail: info@dielinke-fraktion-strausberg.de

Stadt-IMPULSE

DIELINKE. Stadtverband Strausberg,
Redaktion: G. Kreißig (V.i.S.d.P.), G. Stephan, S. Köhler
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle DIE LINKE.,
Strausberg, Gr. Straße 76
Öffentl. Sprechstunden: montags ab 16 Uhr